

PRESSEINFORMATION

Erfurt, den 29.06.2009

CDU verweigert öffentliche Anhörung zum neuen Kommunalabgabengesetz

„Obwohl es mit 1,8 Milliarden Euro um viel Geld geht und die Beitragserhebung im Abwasserbereich mehr als umstritten ist, verweigert die CDU eine öffentliche Diskussion über das neue Kommunalabgabengesetz“, kritisiert der kommunalpolitische Sprecher der Landtagsfraktion DIE LINKE, Frank Kuschel.

Die CDU hatte jetzt einen neuen Gesetzentwurf vorgelegt, der am 7. August, noch vor der Landtagswahl, beschlossen werden soll. Danach soll das Land in den nächsten Jahren den Zweckverbänden bis zu 1,8 Milliarden Euro erstatten, damit sie Teilbeiträge für baulich nicht genutzte Grundstücksbereiche dauerhaft stunden können. An der Beitragserhebung im Abwasserbereich will die CDU jedoch grundsätzlich festhalten, obwohl dies bei vielen Bürgern auf Protest stößt. Wie Frank Kuschel betont, schreibt das Gesetzgebungsverfahren vor, dass gesetzliche Neuregelungen mit Sachverständigen und Betroffenen diskutiert werden.

„Im Regelfall finden dabei öffentliche Anhörungen statt, bei denen auch der Dialog zwischen den Abgeordneten, der Landesregierung und den Sachverständigen möglich ist. Doch die CDU hat jetzt eine öffentliche Anhörung verhindert. Sachverständige und Betroffene können sich nur schriftlich zum Gesetzentwurf äußern“, sagt Kuschel. Damit sei ein Dialog zu den strittigen Rechts- und Finanzierungsfragen ausgeschlossen „und die Öffentlichkeit erhält kaum Informationen“, so der Abgeordnete weiter. Offenbar wolle „die CDU das Gesetz ohne weitere öffentliche Diskussion durch den Landtag peitschen. Damit besteht die Gefahr, dass sich anschließend wieder die Gerichte mit den Abwasserbeiträgen beschäftigen müssen. Als verantwortungsvoll kann man diese Politik der CDU nicht bezeichnen.“

DIE LINKE hat zahlreiche Änderungsanträge eingebracht. Ziel ist dabei die schrittweise Abschaffung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge. „Wir werden jetzt selbst Sachverständige und Betroffene zum öffentlichen Dialog einladen und Ende Juli eben eine eigene öffentliche Anhörung organisieren“, kündigt Frank Kuschel an. Die CDU und die Landesregierung sind zu dieser öffentlichen Anhörung herzlich eingeladen. „Schriftliche Stellungnahmen sind kein Ersatz für eine öffentliche Diskussion. Das Thema ist zu brisant, um hinter verschlossenen Türen beraten zu werden“, begründet Frank Kuschel abschließend die Initiative der LINKEN.